

Deutschland und Europa

Entwicklungen und Perspektiven

I. Einleitung

Unter dem Eindruck der Geschehnisse, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatten, und des Kriegserlebnisses selbst wurden in den zwanziger und dreißiger Jahren vielfältige konzeptionelle Überlegungen zur Neuordnung Europas angestellt. Vorherrschend war dabei das Bestreben, Stellung und Rolle des Nationalstaats neu zu formulieren, indem er in einen größeren Zusammenhang eingegliedert und damit qualitativ verändert wird.

Alfred Weber hat dieses Anliegen 1925 sehr prägnant in der Frage zusammengefaßt: »Ist es möglich, in das dynamische Gewirr von Staaten, die heute den europäischen Kontinent bedecken, von denen jeder [...] doch nur an sich selbst und seine Expansion und Sicherung denkt, doch wieder ein regulatives und konstruktives Begrenzungsprinzip des nationalen Handelns einzufügen, ein Gesamteuropa daraus wieder aufzubauen, das, [...] alle Nationalitäten in sich schließend, nach einem neuen Prinzip leben kann?« Seine Antwort lautete: »Irgendeine Art der Föderation, deren Kernstück eine gleichberechtigte deutsch-französische Verständigung unter Zuziehung von England und Italien [...] sein müßte, wird aller Wahrscheinlichkeit nach die früher oder später durch Zwischenstadien erreichte Lösung bilden. Mit nichts sollte man sich so intensiv befassen als den ideellen, den realen und den politischen Voraussetzungen für eine solche Föderation, aber auch den technischen Problemen, die sie in sich trägt.«¹

Bei diesen Überlegungen zur Zukunft des Nationalstaats in einem europäischen Verbund neuer politischer und völkerrechtlicher Qualität spielte die deutsche Frage eine besondere Rolle, nämlich die Zuordnung Deutschlands zu seinem europäischen Umfeld und die Stellung Deutschlands in Europa. Spätestens seit Beginn des Zweiten Weltkriegs rückte das deutsche Problem ins Zentrum der verschiedenen Neuordnungsvorstellungen. Die feste und verlässliche Einbindung Deutschlands und seines Machtpotentials in eine europäische Organisation wurde als unerläßliche Voraussetzung für die künftige Gewährleistung des Friedens in Europa gesehen. Eine Äußerung des französischen Sozialisten Leon Blum vom Oktober 1939 ist für dieses Denken repräsentativ: »Die Lösungen, an die wir Sozialisten denken, sind jene, die die Eingliederung Deutschlands in eine europäische Organisation zur Folge hätten - eine Organisation, die von sich aus sichere Gewähr gegen die Rückkehr von Gewaltanschlägen bieten und aus sich heraus die Elemente einer echten Sicherheit und eines dauerhaften Friedens schaffen würde.«² Das hier zum Ausdruck gebrachte Sicherheitsinteresse der Nachbarn Deutschlands zeigt, daß es auch für sie eine deutsche

Frage gab. Auch die zahlreichen Vorschläge und Forderungen von Exilpolitikern und aus dem Widerstand bestätigen, daß in der Frage der Neuordnung Europas nach dem Krieg ein hohes Maß an Übereinstimmung bestand: Die in ihrer Souveränität einzuschränkenden Nationalstaaten sollten in eine auf föderativen Prinzipien beruhende europäische Konstruktion eingegliedert werden, wobei der Einbindung Deutschlands besonderes Gewicht zukam¹.

Die Situation im Nachkriegseuropa war durch zwei Umstände bestimmt, die die einfache Verwirklichung solcher Neuordnungsvorstellungen verhinderten. Zum einen existierte kein deutscher Nationalstaat mehr, sondern das besiegte Deutschland war, in Besatzungszonen aufgeteilt, entsprechend der Formel von der »bedingungslosen Kapitulation« Objekt der Siegermächte, die im übrigen in ihren deutschlandpolitischen Vorstellungen ganz und gar nicht übereinstimmten. Zum zweiten war die Kriegskoalition gegen Hitlerdeutschland zerbrochen, und der Kalte Krieg trennte, als Systemkonflikt, den europäischen Kontinent, wobei diese Trennlinie auch Deutschland zerteilte.

Vor dem Hintergrund dieser Konstellation erhielt die in der Themenformulierung »Deutschland und Europa« enthaltene Problemstellung nach 1945 gegenüber der Zwischenkriegszeit zusätzliche Aspekte. Natürlich ging es weiterhin um die Zukunft des Nationalstaats in einem europäischen Verbund neuer Qualität und um das Verhältnis zwischen nationalen Interessen und Belangen einerseits, Bestrebungen zu internationaler Kooperation und supranationaler Integration andererseits; und es ging weiterhin um die Frage nach der Stellung Deutschlands in Europa, damit um die Zuordnung des deutschen Faktors zu seinem europäischen Umfeld. Angesichts der Teilung Deutschlands im Zusammenhang mit dem Ost-West-Konflikt stellte sich jedoch ganz akut die zusätzliche Frage nach Möglichkeiten einer Überwindung der Teilung. Zwei Punkte waren dabei vorrangig: die Frage der politischen Ordnung sowie, wie schon früher, die Frage nach dem internationalen Status Deutschlands, oder, bei andauernder Teilung, von Teilen Deutschlands. Beide Aspekte waren untrennbar miteinander verbunden.

Das Problem der Zuordnung von Deutschland und Europa und damit der Stellung Deutschlands in Europa bestand unter diesen veränderten Bedingungen nicht mehr nur in der Klärung der Frage, ob und wie die deutsche Komponente in eine europäische Konstruktion eingegliedert werden würde; es ging jetzt um das Verhältnis von Bemühungen zur Lösung der deutschen Frage (mit ihren beiden Aspekten innere politische Ordnung und internationaler Status) im engeren Sinn zu Bestrebungen in Richtung auf einen (west)europäischen Zusammenschluß, wenn nämlich solche Integrationsbestrebungen eine Funktion im Ost-West-Konflikt hatten bzw. zugeschrieben bekamen und wenn es weiterhin - und eher verstärkt - in Westeuropa ein Sicherheitsbedürfnis gegenüber Deutschland gab, das heißt, wenn es auch für Völker und Staaten Westeuropas eine deutsche Frage gab, die sie von ihrem Sicherheitsinteresse her formulierten.

Im folgenden sollen zwei Hauptaspekte der Thematik behandelt werden. Zum einen geht es um die Erörterung des Verhältnisses von deutscher Frage und europäischer Integration. Sodann soll erörtert werden, welche Bedeutung die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft für die Bundesrepublik selbst sowie für ihre westeuropäischen Partner hat, welches Ausmaß diese Einbindung der Bundesrepublik erreicht hat und welche Konsequenzen sich daraus.

insbesondere auch für die im vorangegangenen Abschnitt aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis von deutscher Frage und europäischer Integration, ergeben.

II. Deutsche Frage und europäische Integration

Für die Deutschen in den westlichen Besatzungszonen und später in der Bundesrepublik stellte sich die Frage, wie sich die Eingliederung des westlichen Teils von Deutschland in ein westliches Bündnis- und Vertragssystem, zu dem als ganz wesentliche Teile Projekte westeuropäischer Gemeinschaftsbildung gehörten, auf das Ziel der Überwindung der Teilung Deutschlands auswirken würden. In den ersten Nachkriegsjahren stellte sich dieses Problem im Zusammenhang mit grundlegenden Weichenstellungen in Richtung auf die Westbindung der drei westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik. In den fünfziger Jahren wurde das Problem im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Mitwirkung der Bundesrepublik an konkreten Projekten westeuropäischer Integration diskutiert. An der Schwelle zu den neunziger Jahren hat sich die gesamtpolitische Konstellation zwar grundlegend geändert, dennoch ist die Problematik des Verhältnisses von Westbindung und deutscher Frage nicht von der Tagesordnung verschwunden. Im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte wurde hier und dort die Westbindung der Bundesrepublik in Frage gestellt, und angesichts der sich deutlich vertiefenden Integration innerhalb der EG wird über die Möglichkeiten einer Offenhaltung der deutschen Frage wieder grundsätzlicher diskutiert.

1. *Frühe Weichenstellungen zur Westbindung*

Im Gefolge des Ost-West-Konflikts kam es schon bald zur Errichtung von zwei gegeneinander gerichteten Blöcken, denen nach dem Willen der Besatzungsmächte die unter ihrer jeweiligen Kontrolle stehenden Teile Deutschlands angehören sollten. Die maßgeblichen westdeutschen politischen Akteure waren dabei keineswegs nur Objekte alliierter Politik, sondern haben die Politik der Westbindung aktiv mitgetragen und als mit dem Ziel der Überwindung der Teilung Deutschlands vereinbar angesehen. Hier sind insbesondere die folgenden drei Vorgänge von Bedeutung.

- Die Entscheidung zugunsten einer demokratischen politischen Ordnung. Unter Kontrolle und Förderung der westlichen Besatzungsmächte, aber zugleich unter eigenverantwortlicher Mitwirkung deutscher politischer Akteure bildete sich auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen ein politisches System liberaldemokratischer Provenienz ab. Bereits vor der förmlichen Konstituierung der Bundesrepublik hatten sich in den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen Regierungssysteme und ein Parteiengefüge herausgebildet, die als Vorstufe für die spätere Ausgestaltung der politischen Ordnung der Bundesrepublik angesehen werden können'. Auf dem Hintergrund des Ost-West-Systemkonflikts können und müssen diese Entwicklungen als Teil der Westbindung angesehen werden. Indem so die Andersartigkeit der politischen Ordnung zu den Verhältnissen in der von der Sowjetunion besetzten Zone deutlich wurde, verfestigte sich auch die

Abgrenzung zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und damit die Teilung Deutschlands.

In diesem Zusammenhang muß auch die Entscheidung Kurt Schumachers, der in den westlichen Besatzungszonen der unbestrittene erste Mann der Sozialdemokratie war, erwähnt werden, sich der von der KPD favorisierten und forcierten Vereinigung ihrer beiden Parteien zu versagen. Die mit der »Zwangsvereinigung« von SPD und KPD zur SED in der sowjetisch besetzten Zone verbundene Spaltung des Parteiensystems im Nachkriegsdeutschland war seitens der SPD unter Schumacher als Entscheidung für eine politische Ordnung nach westlichem Vorzeichen gemeint und damit - in der damaligen Konstellation des Ost-West-Konflikts - ein Schritt zur Westbindung⁷.

Die Entscheidung zur Weststaatsgründung. Im Sommer 1948 forderten die drei westlichen Besatzungsmächte die westdeutschen Ministerpräsidenten zur Konstituierung eines westdeutschen Staates auf. Aus den Vorgaben der Besatzungsmächte, die in den sogenannten »Frankfurter Dokumenten« enthalten waren, ergab sich zweifelsfrei, daß es sich um ein westlich-demokratisches politisches System handeln sollte. Bereits im Februar 1948 hatten sich die drei westlichen Besatzungsmächte und die Beneluxstaaten in London getroffen; auf ihrer Konferenz waren wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden. Zum einen sollte der wirtschaftliche Wiederaufbau Westeuropas mit Beteiligung der drei Westzonen erfolgen; deshalb wurden sie auch in das Wiederaufbauprogramm des Marshallplans einbezogen. Zum Vorhaben der Gründung eines Weststaats gehörte zugleich die Absicht, ihn in die Gemeinschaft der freien Völker einzugliedern. Nach langen und schwierigen Beratungen beantworteten die westdeutschen Ministerpräsidenten das Ansinnen der Westalliierten positiv. Mit der Entscheidung zur Errichtung eines westdeutschen Staates unter demokratischen Vorzeichen war zugleich die Entscheidung verbunden, ihn in den im Entstehen begriffenen Westblock einzugliedern.

Deutschlandpolitischen Bedenken gegen diese Weichenstellungen begegneten die Ministerpräsidenten mit der sogenannten »Magnet-Theorie«: Die Konsolidierung der politischen Verhältnisse im Westen Deutschlands wurde als Voraussetzung und erfolversprechender Weg zur Überwindung der Teilung Deutschlands angesehen. Ein demokratisches und insgesamt erstarktes Westdeutschland würde, so besagte diese Sichtweise und Erwartung, eine gleichsam unwiderstehliche Anziehungskraft auf den kommunistischen Teil Deutschlands ausüben⁸. Man wird mit Hans-Peter Schwarz eine »Konvergenz westallierter und westdeutscher Bestrebungen« feststellen können, »die im Jahre 1948 sowohl hinsichtlich der langfristigen außenpolitischen Strategien wie der Vorstellungen bezüglich der inneren Ordnungen zu verzeichnen gewesen ist«⁹.

Beratungen über das Grundgesetz im Parlamentarischen Rat. Was in den eben genannten politischen Weichenstellungen angelegt war, fand in den Formulierungen des Grundgesetzes auf dem Hintergrund der Beratungen des Parlamentarischen Rates seine Bestätigung und Konkretisierung. Die Beratungen im Parlamentarischen Rat zur Präambel und den Artikeln 23, 24 und 146 lassen keinen Zweifel an der Absicht der Verfassungsväter, die deutsche Frage im Sinn der Magnet-Theorie zu lösen und dabei die Vorzeichen der politischen Ordnung der Bundesrepublik auf ein wiedervereinigtes Deutschland zu übertragen sowie für

die Bundesrepublik die feste internationale Einbindung - insbesondere und ausdrücklich im Rahmen einer (west)europäischen Organisation - vorzusehen. Die Errichtung einer westeuropäischen Gemeinschaft unter deutscher Beteiligung wurde als mit dem Ziel der Erringung der nationalen Einheit vereinbar angesehen. Die vom Vertreter der KPD vorgetragene Forderung, in das Grundgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Beteiligung Deutschlands an der Westintegration erst nach erfolgter Wiedervereinigung erfolgen dürfe, wurde von Vertretern der anderen Parteien einhellig abgelehnt; das Grundgesetz enthält demnach keine Klausel, die hier eine bestimmte Reihenfolge postuliert hätte⁹.

2. *Die Konkretisierung der Westbindung in den fünfziger Jahren*

Die im Grundsatz beschlossene Westbindung der Bundesrepublik erfuhr in den fünfziger Jahren ihre Konkretisierung im Zusammenhang mit verschiedenen Projekten der westeuropäischen Integration. Die Frage der Vereinbarkeit einzelner Schritte der westeuropäischen Integration unter Einbeziehung der Bundesrepublik mit dem Ziel einer Lösung der deutschen Frage war dabei jahrelang ein beherrschender Streitpunkt zwischen Regierungskoalition und sozialdemokratischer Opposition. Die Frage der politischen Ordnung der Bundesrepublik und eines wiedervereinigten Deutschlands war dabei im Grundsatz zwischen Koalition und Opposition unumstritten; beide Seiten forderten die Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen in ganz Deutschland und ließen keinen Zweifel daran, daß nur eine politische Ordnung nach westlich-demokratischem Vorzeichen in Frage kommen könne. Die Kontroverse galt dem anderen Aspekt der deutschen Frage, dem internationalen Status von Teilstaaten bzw. eines wiedervereinigten Deutschland.

Nach Auffassung der Bundesregierung würde die Westintegration die Chancen zur Lösung der deutschen Frage fördern, wäre mit Wiedervereinigungsbestrebungen mindestens vereinbar. Es war die Prämisse der Politik Adenauers, daß jede Lösung der deutschen Frage nur mit Zustimmung der Alliierten erfolgen könne; die Westintegration der Bundesrepublik verstand er als ein Mittel, mit den Westmächten zu einer gleichgerichteten Politik zu gelangen. Die Formulierung in Artikel 7, Absatz 2 des Deutschlandvertrages zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten⁹ ließ keinen Zweifel an der Absicht der Vertragspartner, daß auch das wiedervereinigte Deutschland - selbstverständlich als westlich-demokratisches Gemeinwesen konstituiert - fest in eine westeuropäische Gemeinschaft eingegliedert sein sollte.

Die sozialdemokratische Opposition bezweifelte, daß die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Vertrags- und Bündnissystem, also auch in Projekte westeuropäischer Gemeinschaftsbildung, mit erfolgversprechenden Wiedervereinigungsbestrebungen vereinbar sei. Sie sah - wenn überhaupt - nur mit einem ganz anderen Ansatz Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage und forderte, vor Entscheidungen über die Einbeziehung der Bundesrepublik in konkrete Integrationsprojekte, die nicht oder nur sehr schwer revidierbar sein würden, in Viermächteverhandlungen zu eruiieren, ob für die Realisierung dieser Ansätze irgendwelche Chancen bestehen würden. Das sozialdemokratische Kalkül sah vor:

- durch Verzicht auf die - allerdings nur militärische - Westintegration der Bundesrepublik Deutschland die Zustimmung der Sowjetunion zu freien Wahlen zu

erkaufen, also durch Zugeständnisse in der Frage des internationalen Status Deutschlands eine demokratische politische Ordnung für ganz Deutschland zu ermöglichen;

- mit der Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa die Existenz der gegeneinander gerichteten (Militär-)Blöcke abzulösen und überflüssig zu machen, in diesem größeren Rahmen dann die Wiedervereinigung Deutschlands zu vollenden und Deutschland hier seinen internationalen Platz zu geben¹⁰.

Es ist bis heute umstritten und dürfte auch künftig noch kontrovers bleiben, ob für eine solche Alternative Realisierungschancen bestanden haben¹¹. Hier wird die Auffassung vertreten, daß für solche alternative Optionen zu keinem Zeitpunkt eine realistische Chance bestanden hat. Denn was eine mögliche Neutralität Deutschlands betrifft, so war mindestens fraglich, ob es dafür eine ausreichende innenpolitische Unterstützung gegeben hätte. Als sicher kann jedoch gelten, daß eine solche Lösung in der damaligen Situation für die westlichen Nachbarn Deutschlands schlechterdings nicht akzeptabel gewesen wäre. Ihr Sicherheitsinteresse gebot, auf der Einbeziehung der Bundesrepublik in die westeuropäische Konstruktion zu bestehen. Was schließlich die Frage eines Verzichts auf die gegeneinander gerichteten Militärblöcke und ihre Ersetzung durch ein gesamteuropäisches System kollektiver Sicherheit betrifft, sind auch keine Anhaltspunkte erkennbar, daß die Großmächte gemeinsam eine solche Entwicklung anvisiert haben könnten. Im übrigen muß zweifelhaft bleiben, ob die Sowjetunion bereit gewesen wäre, für ein wiedervereinigtes Deutschland politische Vorzeichen zu akzeptieren, wie sie das politische System der Bundesrepublik kennzeichneten.

Bemerkenswert ist auf diesem Hintergrund, daß die sozialdemokratische Opposition den Römischen Verträgen und damit dem Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) 1957 ausdrücklich zustimmte. Deutschlandpolitische Bedenken spielten offensichtlich in diesem Zusammenhang keine Rolle mehr. Der Vorgang zeigt, daß es der SPD in ihren Überlegungen und Vorschlägen wohl stets nur um einen militärischen Sonderstatus gegangen ist. Vergewagt man sich allerdings, daß die Sowjetunion die EWG vehement ablehnte, nämlich als kriegswirtschaftliche Grundlage der NATO bezeichnete, kommt dieser Entscheidung der SPD für unsere Problemstellung ganz besonderes Gewicht zu. Die Partei war ganz offensichtlich nicht bereit, auf Interessen der Sowjetunion jenseits des militärischen Status Rücksicht zu nehmen. Hier wird die »realpolitische Resignation«¹² der sozialdemokratischen Opposition ganz offensichtlich¹³. Lediglich die FDP und der Bund Heimatvertriebener und Entrechteter (BHE) begründeten ihre Ablehnung der Römischen Verträge unter anderem mit deutschlandpolitischen Argumenten¹⁴.

3. *Die Europäisierung der deutschen Frage*

Bereits mit ihrem Ja zu den Römischen Verträgen hatte die Sozialdemokratie deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie die Mitwirkung der Bundesrepublik am Prozeß der westeuropäischen Integration mit Bestrebungen zur Lösung der deutschen Frage für vereinbar ansah. Mit der Bundestagsrede Herbert Wehners am 30. Juni

1960 akzeptierte die Sozialdemokratie schließlich die Westbindung in all ihren Aspekten, einschließlich des militärischen, als Grundlage der Politik der Bundesrepublik, was sich auch auf deutschlandpolitische Aktivitäten bezog. Die feste Zugehörigkeit zum westlichen Vertragssystem galt auch als unerläßliche Grundlage für die Ost- und Entspannungspolitik der Bundesrepublik, einschließlich ihrer deutschlandpolitischen Komponenten und Zielsetzungen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses wurde von einer Minderheit in der Bundesrepublik der Vorschlag ins Spiel gebracht, die deutsche Frage durch Preisgabe und Ausstieg aus der Westbindung einer Lösung zuzuführen. Der Vorschlag greift ganz offensichtlich frühere Überlegungen auf, einen außenpolitischen Sonderstatus als Mittel zur Lösung der deutschen Frage anzubieten und einzusetzen. Innenpolitisch hat die Realisierung oder auch nur ernsthafte Erörterung dieser Option ganz offensichtlich keine Chance. Bereits die systematische Beratung einer solchen Option würde, wie irritierte Reaktionen auf diesen Teil der deutschen Nachrüstungsdiskussion in Frankreich bestätigen¹⁵, zu einer überaus gefährlichen Destabilisierung der Situation in Europa führen; eine solche Option ist nach wie vor mit den Interessen anderer westeuropäischer Staaten nicht vereinbar und hat allein schon deshalb keine Realisierungschancen. Sie würde auch, wie noch zu zeigen sein wird, der Staatsräson der Bundesrepublik fundamental zuwiderlaufen.

Gerade wenn man zu einer solchen Schlußfolgerung gelangt, erhebt sich die grundsätzliche Frage, ob die Aufrechterhaltung der Forderung nach Offenheit der deutschen Frage mit der systematischen Fortsetzung der Westintegration der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft vereinbar ist. Mit der Formel von der »Europäisierung der deutschen Frage« wird die Frage der Vereinbarkeit positiv beantwortet. Das Schlagwort der Europäisierung der deutschen Frage meint folgendes: Die Mitgliedschaft in der EG wird als Zugehörigkeit zu einem Handlungsrahmen verstanden, der eine Politik ermöglicht und fördert, die zu einer Situation in Europa führt, in der schließlich eine einvernehmliche Lösung der deutschen Frage möglich ist. Es ist eine Prämisse dieses Konzepts, daß isoliertes Vorgehen der Bundesrepublik nicht nur aussichtslos ist, sondern den Interessen der Bundesrepublik diametral zuwiderläuft; allein die Zugehörigkeit zu dem Verbundsystem der EG eröffne Chancen auf friedlichen Wandel. Diese hier sehr knapp zusammengefaßte Auffassung verlangt, um verstanden zu werden, eine Erläuterung, was die Mitgliedschaft der EG für die Bundesrepublik sowie für ihre westlichen Nachbarn bedeutet und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Dies soll im kommenden Abschnitt erörtert werden.

III. Die Bedeutung der Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft

Im folgenden soll zunächst zusammengefaßt dargestellt werden, was die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EG für die Bundesrepublik selbst bedeutet¹⁶. Zu fragen ist, wie sich die EG-Mitgliedschaft auf die Verwirklichung zentraler politischer Ziele und Anliegen der Bundesrepublik auswirkt, welche Tiefe und Dichte die

Verflechtung der Bundesrepublik in der EG erreicht hat und welche Schlußfolgerungen sich daraus für das Engagement Bonner EG-Politik und für die Lösung der deutschen Frage im Sinne ihrer Europäisierung ziehen lassen. In diesem Zusammenhang muß dann auch kurz auf die Bedeutung der EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik für die anderen westeuropäischen Staaten und ihre Interessen eingegangen werden.

/. Die EG als Ordnungs- und Handlungsrahmen für die Politik der Bundesrepublik Deutschland

Der frühzeitig getroffenen Entscheidung für die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, also auch für ihre Beteiligung an konkreten Projekten der westeuropäischen Integration, lag die Überzeugung - mindestens aber die zielgerichtete Erwartung - zugrunde, daß diese Westintegration nicht nur mit den vorrangigen Zielen deutscher Politik voll vereinbar wäre, sondern die Verwirklichung dieser Zielsetzungen nachhaltig fördern würde¹⁷. Im einzelnen handelte es sich um die folgenden Zielsetzungen:

- Erhaltung des Friedens und Gewährleistung der Sicherheit. Diese Zielsetzung ergab sich einmal auf Grund der historischen Erfahrungen mit zwei schrecklichen Weltkriegen; sie wurde aber auch mit Blick auf die als expansiv und daher bedrohlich perzipierte Politik der Sowjetunion, also im Kontext des Ost-West-Konflikts, formuliert.
- Bewerkstelligung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der in einem wirtschaftlichen Großraum schneller und erfolgreicher sein dürfte. In diesem Zusammenhang wurde auch die Beseitigung der wirtschaftlichen Diskriminierung der Westzonen bzw. der Bundesrepublik erwartet.
- Erringung der politischen und rechtlichen Gleichberechtigung sowie Erwerb internationaler Handlungsfähigkeit.
- Aufbau und Festigung der politischen Ordnung der Bundesrepublik als freiheitliche Demokratie und sozialer Rechtsstaat.
- Schließlich: Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Wie hat sich die Westintegration auf diese grundlegenden Ziele und Interessen der Bundesrepublik ausgewirkt? Ein erstes Ergebnis des Integrationsprozesses ist, daß im Verhältnis der EG-Mitgliedstaaten eine *Friedensordnung* entstanden ist; angesichts der negativen Erfahrungen mit zwei Weltkriegen eine gar nicht hoch genug einzuschätzende Errungenschaft. Friedenserhaltung und damit Gewährleistung der Sicherheit sollte zunächst durch die Einbindung des deutschen Potentials und Faktors in eine westeuropäische Gemeinschaft und damit dessen Kontrolle erreicht werden. Im Verlauf des Integrationsprozesses hat sich aus dieser zunächst einseitigen Kontrolle Deutschlands ein komplexes Ensemble wechselseitiger Abhängigkeiten, Einwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten entwickelt. Der gewaltsame Austrag von Meinungsverschiedenheiten, die es selbstverständlich weiterhin immer wieder gibt, erscheint als ausgeschlossen. Ein überaus dichtes und stetig sich verdichtendes Netz von Kommunikationsbeziehungen stellt eine wichtige Voraussetzung für diese neue Art der Problembewältigung dar.

In diesem Zusammenhang wird auch von der Entstehung einer sogenannten »Sicherheitsgemeinschaft«* gesprochen. Zu dem in diesem Begriff enthaltenen Verständnis von Integration gehört, daß die Beziehungen der in einer solchen Gemeinschaft verbundenen Staaten ganz bestimmten Regeln unterworfen sind, die von allen Beteiligten eingehalten und einvernehmlich weiterentwickelt werden. Sie dienen zunächst der Verhinderung jeder Art eines gewaltsamen Konfliktaustrags; sie werden dann in den Dienst gemeinsamer Problemlösung gestellt. Zu solchen Regeln gehören nicht nur Rechtsnormen, über die sich die beteiligten Staaten vertraglich verständigt haben, sondern auch Verhaltensregeln, die eingehalten werden. Integration erscheint in dieser Sicht auch als ein sozialer Lernprozeß, bei dem die Beteiligten lernen, sich auf den Partner einzustellen und ihn nicht zu überfordern. Zu diesem Konzept von Integration gehört sodann die Entstehung eines stetig wachsenden Geflechts von Beziehungen, gehört ein immer dichteres Maß an gegenseitiger Verflechtung, also zunehmende gegenseitige Abhängigkeit, gehört schließlich das Wissen um diese Strukturen und Regeln. Das Verhalten der Mitglieder ist in einer solchen Sicherheitsgemeinschaft kalkulierbar geworden.

Der Beitrag der EG zur Friedenserhaltung und Gewährleistung von Sicherheit geht über den engeren Bereich der Gemeinschaft selbst hinaus. Ihre Existenz hat zweifellos zur Stabilisierung der gesamteuropäischen Konstellation beigetragen; sie stellt heute ein wesentliches Element des europäischen Status quo dar. Das schließt ihre aktive Rolle im KSZE-Prozeß ein, der - jedenfalls im Verständnis der EG-Mitgliedstaaten - auf die Ermöglichung friedlichen Wandels gerichtet ist. Wie bereits erwähnt, war die EG-Mitgliedschaft und damit auch die Einbindung Bonns in die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) - also die Koordinierung der Außenpolitik der EG-Mitgliedstaaten - eine unerläßliche Grundlage für die Ost- und Spannungspolitik der Bundesrepublik, bei der es sich eben nicht um isolierte Aktivitäten eines einzelnen Nationalstaats gehandelt hat¹⁹. Diese die gesamteuropäische Konstellation und Entwicklung stabilisierende Funktion der EG kommt auch in dem 1988 schließlich zustande gekommenen vertraglichen Arrangement mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zum Ausdruck²⁰. Schließlich werden auch Fragen der Sicherheitspolitik, einschließlich der militärischen Sicherheitspolitik, im Rahmen der EG behandelt, ohne daß hier irgendwelche förmlichen Kompetenzen vorhanden wären²¹.

Wichtige Impulse für den westeuropäischen Integrationsprozeß sind immer wieder vom wirtschaftlichen Sektor ausgegangen. Für viele stellt die EG in erster Linie immer noch eine *Wirtschaftsgemeinschaft* dar. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und den bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik war die Zugehörigkeit zu diesem Wirtschaftsverbund von allergrößter Bedeutung. Gemeinsamer Markt, Zollunion und gemeinsame Wettbewerbsregeln haben der deutschen Industrie sehr willkommene konjunkturelle Impulse gegeben. In den wirtschaftlichen Turbulenzen der siebziger Jahre, im Anschluß an die Ölkrisen, hat die Wirtschaft der Bundesrepublik in der EG Unterstützung und Hilfe erfahren; die EG erwies sich als ein zusätzlicher Problemlösungsrahmen. Da die ordnungspolitischen Vorzeichen der Gemeinschaft im wesentlichen mit den in der Bundesrepublik vorherrschenden übereinstimmen, stellte die Einbindung in den EG-Rahmen keine wesentlichen Probleme dar. Für die deutsche Wirtschaft waren die Rationalisierungseffekte, wie sie ein größerer Wirtschaftsraum und Markt bieten, positiv. Insofern ist es nur

konsequent gewesen, daß sich die Bundesrepublik ihrerseits um eine Erweiterung des Aufgabenbereichs der Gemeinschaft bemüht hat²². Die in der Einheitlichen Europäischen Akte in Form einer Änderung und Ergänzung der Verträge erfolgte Einbeziehung insbesondere der Forschungs- und Technologiepolitik sowie der Umweltpolitik in den Aufgabenbereich der Gemeinschaft, geht nicht zuletzt auf deutsches Drängen zurück. Hier zeigte sich erneut, daß die EG für die deutsche Politik eine wichtige zusätzliche Problemlösungsebene darstellt, um deren Nutzung und deren systematischen Ausbau sich Bonner Politik, unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Ausrichtung von Regierungskoalitionen, nachhaltig bemüht. Nicht zuletzt für die Realisierung außenwirtschaftlicher Interessen der Bundesrepublik ist das Vorhandensein einer größeren Gemeinschaft positiv.

Mit der seit der Einheitlichen Europäischen Akte zielstrebig in Angriff genommenen Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes - denn auf der Tagungsordnung der Gemeinschaft steht zweifellos mehr als bloß die Vollendung des Binnenmarktes - wird sich auch die wirtschaftliche Einbindung und Verflechtung der Bundesrepublik mit und in der Gemeinschaft verfestigen und weiter vertiefen. Die Reaktionen der verschiedensten Gruppen und Interessen, wie Industrieunternehmen, Gewerkschaften, Handwerk, Banken und Versicherungen, aber auch der deutschen Länder und der Gemeinden, auf die im Zusammenhang mit der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes zu erwartenden Änderungen zeigen sehr deutlich an, welches qualitative Ausmaß an Integrationsfortschritt, im Sinne der Zunahme gegenseitiger Abhängigkeit und Verflechtung, in diesen Jahren bevorsteht.

Die Erringung der politischen *Gleichberechtigung*, ein weiteres wichtiges Ziel aus der Anfangsphase der Integrationspolitik, wurde relativ schnell erreicht. Im weiteren Verlauf der Entwicklung konnte die Bundesrepublik dann, vor allem im Zusammenhang mit der EPZ, ihren außenpolitischen Handlungsspielraum erweitern. An die Adresse der Bundesrepublik gerichtete Forderungen aus dem Kreis ihrer EG-Partner nach verstärkten politischen und ökonomischen Aktivitäten - hier wird beispielsweise immer wieder die entschlossene Wahrnehmung einer konjunkturpolitischen Lokomotiv-Funktion angemahnt²³ - ist nur ein weiterer Indikator für die Tatsache, daß die Bundesrepublik im Kreise der EG-Mitgliedstaaten eine führende Rolle zugewiesen erhält.

Das Bekenntnis zu Grund- und Menschenrechten, zu den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit war von Anfang an zentraler Orientierungspunkt europäischer Einigungspolitik. Die EG ist insofern immer wieder als »Werte-Gemeinschaft« bezeichnet worden. Sie hat als »Rechts- und Demokratiegemeinschaft« der Entwicklung der Bundesrepublik zu einem demokratischen und rechtsstaatlichen politischen System, in dem dem Anliegen sozialer Gerechtigkeit allerhöchste Bedeutung zugeschrieben wird, Rahmen und Rückhalt gegeben. Die Beachtung dieser Grundprinzipien und Wertvorstellungen zeigt sich nicht nur in Grundsatzserklärungen der Regierungen, sondern auch in den transnationalen Kooperations- und Koordinierungsbeziehungen von politischen Parteien und verschiedensten Interessengruppen und Verbänden. Auch das Europäische Parlament ist ein Forum, in dem die faktische Bedeutung dieser Wertvorstellungen im Zusammenhang mit konkreten Vorgängen regelmäßig unterstrichen wird.

Was die Auswirkungen der Westintegration auf das Ziel der *Wiederherstellung der deutschen Einheit* betrifft, so gab es, wie oben erläutert, die Hoffnung und Erwartung

tung, die Westbindung - mit der mit ihr einhergehenden Konsolidierung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik - würde eine Sogwirkung ausüben und damit gute Chancen für die Herstellung der staatlichen Einheit schaffen. Tatsächlich ist die Wiedervereinigung nicht erreicht worden. Das lag aber nicht an der Westintegration, sondern daran, daß es keine realistische Chance gab, eine für die westlichen Alliierten und die Bundesrepublik gleichermaßen akzeptable Lösung zu erreichen. Dennoch ist die deutschlandpolitische Bilanz der Westintegration angesichts dieser Gesamtsituation nicht negativ:

- Die Bundesrepublik konnte die Unterstützung der Westalliierten für ihre deutschlandpolitische Zielsetzung gewinnen; die Formulierungen des Deutschlandvertrages illustrieren das.
- Die EG-Partner der Bundesrepublik akzeptierten besondere wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die im Protokoll über den innerdeutschen Handel als Anhang zu den Römischen Verträgen ihren vertraglichen Ausdruck und Niederschlag finden. Sie befürworteten auch, daß sich die Vertragsbestimmungen auf Westberlin erstrecken, wodurch die Stadt integraler Teil der Gemeinschaft ist.
- Die Ostpolitik, die nicht zuletzt auch deutschlandpolitische Funktionen hatte - nämlich auf Erhaltung und Ausbau einer Vielzahl von Kommunikationsbeziehungen zur DDR und ihrer Bevölkerung ausgerichtet war und ist -, erfolgte auf der Basis der festen Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur EG und mit nachdrücklicher Unterstützung durch ihre EG-Partner, insbesondere auch Frankreich und Großbritannien als für Deutschland in besonderem Maß verantwortliche Großmächte.
- Die EG unterstützte und unterstützt den KSZE-Prozeß, der auf die Herbeiführung friedlichen Wandels in Europa ausgerichtet ist. Der Grundsatz des friedlichen Wandels, zu dem sich die EG vorbehaltlos bekennt, impliziert auch, daß die deutsche Frage offen ist und bleibt.

Ein Verzicht auf die Westintegration hätte die Wiedervereinigung gewiß nicht ermöglicht, weil die deutsche Frage, wie gezeigt wurde, in erster Linie auch ein europäisches Problem, also für die Nachbarn Deutschlands von überragender Bedeutung ist. Sehr wohl aber hätte ein Verzicht auf die Westintegration andere Aspekte der deutschen Frage negativ beeinflußt, insbesondere die Errichtung und Festigung einer demokratischen politischen Ordnung.

Nach dieser Bilanz wird verständlich, daß und warum von der EG als einem prioritären Ordnungs- und Handlungsrahmen für die Bundesrepublik gesprochen wird. »Als Ordnungs- und Handlungsrahmen stellt das EG-System eine dauerhafte Größe und nicht nur eine zeitlich befristete Koalition dar. Die gegenseitige Bindung der Mitglieder soll Bestand haben; sie soll verlässlich und im Innern wie für Außenstehende kalkulierbar sein. Das EG-System ist in diesem Sinn also mehr als nur die Summe einzelner Sektorpolitiken, es hat mit dieser Eigenschaft eine darüber hinausgehende Qualität. Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik und Beratungen im Parlamentarischen Rat sind Belege dafür, daß diese Perspektive für Existenz und Entwicklung der Bundesrepublik von Anfang an richtungweisend war: sich um feste Zugehörigkeit zu einem solchen Ordnungs- und Handlungsrahmen zu bemühen, gehörte zur >Staatsräson< der Bundesrepublik.«²⁴

2. Die Bundesrepublik als Teil des EG-Verflechtungssystems

Wenn die EG als »Verflechtungssystem« bezeichnet wird²³, so wird damit auf verschiedene charakteristische Merkmale der Gemeinschaft verwiesen:

- Zum einen auf das Vorhandensein mehrerer miteinander verknüpfter *Ebenen*, die - bezogen auf Politiken, für die die Gemeinschaft zuständig ist oder bei denen sie, neben den Staaten, häufig komplementär, mithandelnd in Erscheinung tritt - eng miteinander verbunden sind. Für die Bundesrepublik bedeutet das, daß es nicht nur um die Verbindung der Ebene des Nationalstaats mit der Gemeinschaft geht, also um die Beziehungen zwischen Bonn und Brüssel, sondern im Fall der Bundesrepublik stellen auch die Länder eine eigenständige Ebene dar²⁴.
- Zum zweiten sind verschiedene *Politikbereiche* im Rahmen des EG-Systems miteinander verflochten und werden in diesem Rahmen gemeinsam behandelt. So spielen beispielsweise bei der Vollendung des Binnenmarktes umweltpolitische Fragen ebenso eine Rolle wie Aspekte der sogenannten sozialen Dimension, aber auch Fragen der Ausländerpolitik oder des Erziehungs- und Ausbildungswesens.
- Schließlich ist eine große Zahl politischer *Akteure*, die auf verschiedenen der eben genannten Ebenen angesiedelt sind und bei denen es sich keineswegs nur um gouvernementale Akteure handelt, sondern in zunehmendem Maß auch um nichtgouvernementale (insbesondere Parteien und die verschiedenen Interessenverbände), eng miteinander verbunden.

Die eben genannten Phänomene vermitteln einen Eindruck davon, was mit dem recht anschaulichen Begriff des Verflechtungssystems gemeint ist. Die enge Verflechtung bewirkt auch ein spezifisches Entscheidungsverfahren, nämlich das Konkordanzgebot, mit anderen Worten die Tendenz oder gar den »Zwang« zu einvernehmlichen Entscheidungen²⁷.

In einem etwas systematischeren Versuch der Erläuterung des Konzepts »Verflechtungssystem«²⁸ werden die folgenden drei Komponenten genannt:

- Der Funktionsbereich der EG, also der Umfang der Politikbereiche, die vom EG-System beeinflußt werden.
 - Die Kompetenzverteilung und -Zuordnung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten, wobei im Fall der Bundesrepublik noch die gliedstaatliche Ebene der Länder als weitere Kompetenzebene zu berücksichtigen ist.
 - Institutionen und Verfahren der Problembearbeitung und Entscheidungsfindung.
- Die Bundesrepublik ist in dieses Verflechtungssystem fest eingebunden, was sich, entsprechend der eben referierten Erläuterungen, wie folgt äußert:
- Immer mehr Aufgabenbereiche werden von der EG beeinflußt; die Gemeinschaft wirkt, auch wenn sie keine förmlichen Kompetenzen hat, in immer mehr Politikbereiche herein. Die gegenwärtige Phase der Gemeinschaftsentwicklung, charakterisiert durch Bemühungen zur Vollendung des Binnenmarktes bzw. zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, zeigt dies besonders deutlich. Für die Bundesrepublik wie auch für andere EG-Mitgliedstaaten bedeutet das, daß immer mehr Politikbereiche in den Einflußbereich der Gemeinschaft geraten.
 - Die Kompetenzen sind ganz unterschiedlich ausgestaltet und festgelegt: Es gibt Bereiche mit ausschließlicher Gemeinschaftskompetenz, Bereiche mit ausschließlicher Kompetenz der Mitgliedstaaten, die sich auf diesen Gebieten dann um Koordinierung bemühen, sowie einen Bereich, in dem sowohl die Gemeinschaft

als auch die Mitgliedstaaten zuständig sind. An dieser Überlappung und dem daraus resultierenden Gebot zur Koordination ist auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

- Das Entscheidungsverfahren wird immer mehr durch intergouvernementales Aushandeln bestimmt, ist auf gegenseitiges Einvernehmen angelegt, wobei in aller Regel Paketlösungen gesucht werden müssen. Die Bundesregierung, aber auch nichtgouvernementale Akteure sind fest in diesen Entscheidungsmechanismus eingebunden und beachten die für sein Funktionieren geltenden und von allen Beteiligten praktizierten Regeln.

Der Charakter der EG als eines Verflechtungssystems ist im Laufe der Gemeinschaftsentwicklung immer ausgeprägter geworden. Die Ergebnisse der Reformbemühungen, wie sie insbesondere in der Einheitlichen Europäischen Akte ihren rechtlichen und programmatisch-politischen Niederschlag gefunden haben, unterstreichen den Verflechtungscharakter nachdrücklich. Die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft mit diesen Merkmalen ist eine gewissermaßen unumkehrbare Option. Der Austritt wäre mit kaum kalkulierbaren negativen Konsequenzen verbunden, und so verwundert auch nicht, daß kein Mitglied eine solche Möglichkeit ernsthaft erwogen hat, obwohl es immer wieder harte Kritik an der Gemeinschaft gibt.

3. *Die EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Sicht der Partnerstaaten*

Die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westeuropäische Gemeinschaft gibt den Partnern der Bundesrepublik, was sie von Anfang an vorrangig angestrebt hatten: Sicherheit und die Stabilisierung des Status quo in Europa. Der deutsche Nachbar wird für sie verlässlich und kalkulierbar. Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EG, verstanden als ein Verflechtungssystem, läßt ihnen im Rahmen eines Prozesses friedlichen Wandels vielfältige Möglichkeiten der Einwirkung auf das Ergebnis solcher Wandlungsprozesse, um auf diese Art und Weise eigene Belange zu vertreten und durchzusetzen. Umgekehrt würde ein Verzicht auf Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur westeuropäischen Gemeinschaft destabilisierend wirken; Bonn würde die Qualität einer verlässlichen und kalkulierbaren Größe verlieren. Wegen des bereits erreichten Ausmaßes an Verflechtung, also gegenseitiger Abhängigkeit, sind die Mitgliedstaaten aufeinander angewiesen. Das gilt für die Bundesrepublik ebenso wie für ihre Partnerstaaten.

IV. **Schlußfolgerungen**

Aus den obigen Ausführungen lassen sich die folgenden Schlußfolgerungen ziehen, die ihrerseits die Prämisse für eine Klärung der Bedeutung der Formel der »Europäisierung der deutschen Frage« sind.

- Das EG-System stellt für die Bundesrepublik Deutschland einen prioritären Ordnungs- und Handlungsrahmen dar. Die Zugehörigkeit zum EG-System als wesentlicher Teil der Westbindung entspricht daher der Staatsräson der Bundesre-

- publik. Beibehaltung dieser Mitgliedschaft und Engagement in diesem Rahmen ergeben sich als zwingende Konsequenz.
- Mit seiner Eigenschaft als Ordnungs- und Handlungsrahmen kann das EG-System als Modell für die Beziehungen von Staaten und für die Vorzeichen gemeinsamer Problembearbeitung und -lösung angesehen werden.
 - Der Charakter der EG als Verflechtungssystem bedeutet für die Mitglieder, also insbesondere auch für die Bundesrepublik, da die Verflechtung auch stetig an Intensität zunimmt, daß die Mitgliedschaft in diesem Verbundsystem weitestgehend unumkehrbar ist.
 - Von der Europäisierung der deutschen Frage zu sprechen, bedeutet auf diesem Hintergrund zunächst, daß die EG auch als ein Ordnungs- und Handlungsrahmen für eine Politik genutzt werden kann und soll, die zu Entwicklungen in Europa führt - im Sinne friedlichen Wandels -, in deren Zusammenhang dann auch Lösungen der deutschen Frage möglich sind. Zu den Regeln und Vorzeichen der EG, als Verflechtungssystem und als Ordnungsrahmen, gehört, daß isolierte Strategien im Sinne traditionellen »nationalen« Vorgehens ausscheiden. Nationalstaatliche Lösungen sind daher in höchstem Maß unwahrscheinlich. Wenn von der Offenheit der deutschen Frage in Verbindung mit dem Postulat ihrer Europäisierung gesprochen wird, so werden damit Lösungen anvisiert, die in einem größeren Rahmen angesiedelt sein müssen. »Deutschland und Europa« würden so auch künftig in einer im einzelnen heute nicht exakt definierbaren Form aufeinander bezogen bleiben. Dies ist ein Resultat der Entwicklungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Anmerkungen

- 1 Alfred Weber, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, Stuttgart 1925, S. 151 bzw. 165. Zit. in: Heinrich Schneider, Leitbilder der Europapolitik 1. Der Weg zur Integration, Bonn 1977, S. 89.
- 2 Leon Blum in einem Zeitungsbeitrag vom 14. Oktober 1939. zit. in: H. Schneider (Anm. 1), S. 137.
- 3 Solche Überlegungen sind sehr ausführlich dokumentiert in Walter Lipgens (Hrsg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegung 1940-1945, München 1968; vgl. auch die Darstellung von Walter Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950. Bd. 1: 1945-1947, Stuttgart 1977, sowie die von Walter Lipgens herausgegebene und kommentierte Dokumentation: 45 Jahre Ringen um die europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986.
- 4 Zur Herausbildung der demokratischen politischen Ordnung in den westlichen Besatzungszonen sehr ausführlich Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1), Stuttgart-Wiesbaden 1983. Verschiedene wichtige Aspekte der Herausbildung des politischen Systems der Bundesrepublik werden in Beiträgen des von Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann herausgegebenen Sammelbandes: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979, behandelt. Eine sehr knappe Zusammenfassung dieser Entwicklungen gibt Rudolf Hrbek, Die Politik der Besatzungsmächte und die Bildung des Weststaates, in: Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Bildung, 1/1976 (Neubearbeitung 1984), S. 3-24, insbesondere S. 13-19.

- 5 Über diesen Vorgang informiert eingehend Albrecht Kaden. Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46. Hannover 1964. Deutlich kritisch gegenüber der Politik Schumachers und der SPD Theo Pirker, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der SPD 1945-1964, München 1965.
- 6 Über die Beratungen der Ministerpräsidenten über die Weststaatsgründung informieren sehr ausführlich und ausgewogen Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, 2. Aufl. (»Mit einem bibliographischen Essay«), Stuttgart 1980, S. 606-618; sowie Werner Sörgel, Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1969, S. 39-54.
- 7 Hans-Peter Schwarz vertritt die These der Konvergenz in seinem Beitrag: Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland - Eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 27-63.
- 8 Über diese Beratungen im Parlamentarischen Rat informiert Rudolf Hrbek, Die SPD, Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschlandpolitik und Westintegration (1945-1957), Bonn 1972, S. 64-76.
- 9 Artikel 7, Absatz 2 des Deutschlandvertrages lautet: »Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.«
- 10 Mit der sozialdemokratischen Position setzt sich ausführlich R. Hrbek, Die SPD (Anm. 8) auseinander.
- 11 Über den Stand der wissenschaftlichen Kontroverse zu dieser Frage informiert zuverlässig Rudolf Morsey. Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Grundriß der Geschichte, Bd. 19), München 1987.
- 12 Diese Beurteilung formulierte Fritz R. Allemann, Bonns verschränkte Fronten, in: Der Monat, 209/1966, S. 10.
- 13 Vgl. dazu Kapitel 12 (»Die SPD und die Römischen Verträge«) der Arbeit von R. Hrbek, Die SPD (Anm. 8).
- 14 Über die Haltung der FDP informiert sehr ausführlich die Studie von Peter Jeutter, EWG - Kein Weg nach Europa. Die Haltung der Freien Demokratischen Partei zu den Römischen Verträgen 1957, Bonn 1985.
- 15 Vgl. als repräsentatives Beispiel für diese Irritationen in Frankreich den Beitrag von Pierre Hassner, Was geht in Deutschland vor? Wiederbelebung der deutschen Frage durch Friedensbewegung und alternative Gruppen, in: Europa-Archiv, 17/1982, S. 517-526. Eine knappe zusammenfassende Übersicht über die entsprechende Diskussion in der Bundesrepublik gibt der Beitrag von Wilfried von Bredow, Friedensbewegung und Deutschlandpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/83, S. 34-46.
- 16 Die Ausführungen dieses Abschnittes stützen sich wesentlich auf die Arbeiten eines größeren Projekts, dessen Ergebnisse in einem Sammelband veröffentlicht wurden: Rudolf Hrbek/Wolfgang Wessels (Hrsg.), EG-Mitgliedschaft: Ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?. Bonn 1984. Einige der nachfolgenden Ausführungen folgen insbesondere dem Einleitungskapitel (Rudolf Hrbek/Wolfgang Wessels, Nationale Interessen der Bundesrepublik Deutschland und der Integrationsprozeß, S. 29-69) und dem Schlußkapitel (Rudolf Hrbek/Wolfgang Wessels, Das EG-System als Problemlösungsebene und Handlungsrahmen - Optionen bundesrepublikanischer Europa-Politik, S. 501-542) in diesem Sammelband. Vgl. auch den kurzen Überblick von Rudolf Hrbek, Die Entwicklung Westeuropas aus der Perspektive der Bundesrepublik Deutschland, in dem Sammelband: Westeuropa und die USA. Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Perspektiven (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 266), Bonn 1988, S. 9-35.
- 17 Die These der Vereinbarkeit erörtert Wolfram F. Hanrieder in seiner 1967 in den USA erschienenen Darstellung der bundesrepublikanischen Außenpolitik: West German Foreign Policy 1949-1963. International Pressure and Domestic Response, Stanford 1967.

- 18 Diesen Begriff hat Karl W. Deutsch in dem von ihm zusammen mit anderen Autoren gemeinsam verfaßten Werk *Political Community and the North-Atlantic Area. International Organization in the light of historical experience*, New York 1957, eingeführt und erläutert; er spricht von »Security Community«. Eine kurze Zusammenfassung seiner diesbezüglichen Vorstellungen gibt er in seinem Buch: *Analyse internationaler Beziehungen*. Frankfurt 1968, S. 275 ff.
- 19 Über die EPZ informiert für die Anfangsphase grundlegend das Werk von Reinhard Rummel/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Die Europäische Politische Zusammenarbeit. Leistungsvermögen und Struktur der EPZ*, Bonn 1978. Neueste Entwicklungen erörtert der Beitrag von Reinhard Rummel, *EPZ - Erfolgsformel für gemeinsame westeuropäische Außenpolitik?*, Ebenhausen 1987. Über konkrete Vorgänge, die von den EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ behandelt werden, informiert regelmäßig das von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels herausgegebene *Jahrbuch der Europäischen Integration*. Bonn 1980 ff.
- 20 Zu den Beziehungen zwischen EG und RGW vgl. K.-E. Schenk/H.-J. Seeler (Hrsg.), *Neue Perspektiven der EG-Beziehungen mit den RGW-Mitgliedstaaten. Bericht über ein Symposium am 23/24. März 1987 in Hamburg*. Stiftung Europa-Kolleg Hamburg, Bonn 1988.
- 21 Daß Fragen der Sicherheitspolitik, gerade auch ihre militärischen Aspekte, Schritt für Schritt Eingang in die Tagesordnungen der EG und der EPZ finden, zeigt der Umstand, daß das *Jahrbuch der Europäischen Integration* (vgl. Anm. 19) seit dem Berichtsjahr 1983 regelmäßig ein entsprechendes Kapitel enthält. Zur neueren Entwicklung siehe den kurzen Beitrag von Werner Weidenfeld, *Neuorganisation der Sicherheit Westeuropas*. Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion, in: *Europa-Archiv*, 9/1987. S. 259-268. In den von der Bertelsmann-Stiftung innerhalb der Reihe »Strategien und Optionen für die Zukunft Europas« veröffentlichten Arbeitsergebnissen der Forschungsgruppe Europa unter der Leitung von Werner Weidenfeld in Mainz zum Thema: *Europäische Defizite, Europäische Perspektiven - Eine Bestandsaufnahme für morgen*, Gütersloh 1988, ist das sehr umfangreiche Kapitel VII (*Außenpolitik und Sicherheit*), S. 131-178, diesen Fragen gewidmet.
- 22 Über die schrittweise Erweiterung des Aufgaben- und Kompetenzbereichs der EG informiert der Überblick von Rudolf Hrbek, *30 Jahre Römische Verträge. Eine Bilanz der EG-Integration*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/87, S. 18-33.
- 23 Auf dem im Europa-Kolleg Brügge im November 1987 durchgeführten Symposium über die Bundesrepublik und die EG wurde von vielen der nicht-deutschen Teilnehmer immer wieder die Forderung nach mehr »Leadership« Bonns vorgetragen. Die Vorträge und Diskussionen des Symposiums wurden veröffentlicht: *Wolfgang Wessels/Elfriede Regelsberger (Hrsg.), The Federal Republic of Germany and the European Community: The Presidency and Beyond*, Bonn 1988.
- 24 R. Hrbek/W. Wessels, *EG-Mitgliedschaft* (Anm. 16), S. 517.
- 25 Von Verflechtung wird mit Blick auf den Integrationsprozeß innerhalb der EG seit etwa 15 Jahren gesprochen; vgl. zum Beispiel Ulrich Everling, *Europäische Gemeinschaften und Bundesrepublik Deutschland - Zur Verflechtung der nationalen und gemeinschaftlichen Politik*, in: *Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme* (herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik), München 1974, S. 39-72, oder Rudolf Hrbek, *Politikverflechtung macht an den Grenzen nicht halt. Auswirkungen der EG-Mitgliedschaft auf die föderative Ordnung der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Der Bürger im Staat*, 1/1979, S. 38-43.
- 26 Vgl. dazu die beiden folgenden Sammelbände: Rudolf Hrbek/Uwe Thaysen (Hrsg.), *Die deutschen Länder und die Europäischen Gemeinschaften*. Baden-Baden 1986; Siegfried Magiera/Detlef Merten (Hrsg.), *Bundesländer und Europäische Gemeinschaft (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 103)*. Berlin 1988.
- 27 Vgl. zu diesen Merkmalen des EG-Systems R. Hrbek, *Römische Verträge* (Anm. 22), S. 32.
- 28 In: Eberhard Grabitz/Otto Schmuck/Sabine Steppat/Wolfgang Wessels, *Direktwahl und Demokratisierung. Eine Funktionsbilanz des Europäischen Parlaments nach der ersten Wahlperiode*, Bonn 1988, S. 58-74.